

Darf ein Geheimdienst gegen eine Fraktion vorgehen?

Im Gespräch mit Bodo Ramelow zu seiner Klage vor dem Bundesverfassungsgericht

Sie haben Klage vor dem Bundesverfassungsgericht eingelegt? Was ist der Hintergrund?

Dass das Gericht eine Verfassungsabwägung vornimmt und bestimmte Kriterien entwickelt, so hoffen wir. Es geht um die Frage, darf ein Geheimdienst, ohne dass das Parlament beteiligt ist, gegen eine Fraktion vorgehen. Darf er Ermittlungen vornehmen, darf er Daten erfassen, verarbeiten und daraus abgeleitet Werturteile in seinen jährlichen Berichten abgeben. Es geht also um die Kernfrage, wer kontrolliert wen in einer parlamentarischen Demokratie. Es liegt eine gemeinsame Klage vor, einmal eine Organklage der Linksfraktion des Bundestages der 16. Legislatur, der ich selber angehört habe, und meine Klage. Ich habe jetzt den gesamten Instanzenzug der Verwaltungsgerichtsbarkeit durchlaufen. Damit hat Karlsruhe die Möglichkeit, sich aus verfassungsrechtlicher Sicht dazu zu verhalten.

Welche Forderung richten Sie an die Bundesregierung?

Sie muss dafür Sorge tragen, dass nicht mit Hilfe von Geheimdiensten Unwerturteile abgegeben oder Materialien erstellt werden, die in Wahlkämp-

fen Einfluss nehmen, mit deren Hilfe die öffentliche Wahrnehmung beeinflusst und also Meinungsmache betrieben wird. Mit diesen Berichten ergeht die Botschaft gegen DIE LINKE als Fraktion im Bundestag und in den Landtagen, ja gegen alle, die in der LINKEN führende Parteiämter innehaben: über euch darf man Dossiers anlegen, euch darf man elektronisch erfassen, namentlich aktenkundig erfassen.

Hat mit den bundesweiten Wahlerfolgen der LINKEN der politisch gesteuerte Geheimdienstdruck wieder zugenommen?

Es sah eine zeitlang so aus, als ob der Kalte Krieg auch in den Köpfen unserer CDU-Innenpolitiker endlich beendet würde. Ich habe gerichtlich Erfolg erstritten. Immerhin ist mittlerweile gerichtsnotorisch amtlich festgestellt, dass die komplette Datensammlung, der ich bis zu meinem Mandatsantritt 1999 im Landtag ausgesetzt war, rechtswidrig war. Ich bin davon ausgegangen, dass das Bundesverwaltungsgericht daraus ableitet, dass die Dinge, die über den Abgeordneten Ramelow gesammelt werden, genauso rechtswidrig sind. Doch das Bundesverwaltungsgericht ist auf die Schnapsidee gekommen,

dass es nur ein „minderschwerer Eingriff“ in meine Persönlichkeitsrechte sei. Das macht mir deutlich, dass der Kalte Krieg zumindest bei denen noch nicht beendet war.



Das vollständige Gespräch, geführt von Stefan Wogawa, kann auf den Internetseiten der Fraktion unter www.die-linke-thl.de nachgelesen werden. ■

Dienstleister – zur Verantwortung der Landtagsfraktion

Fortsetzung von Seite 9

Gerade hier sehe ich derzeit im bundesweiten Maßstab eines der größten Probleme der Gesamtpartei. Das Verhältnis Partei und Fraktion ist auf Landesebene noch überschaubar, in einem Bundesland ist es immer möglich, sich zu begegnen und auszusprechen, Konflikte auszutragen und Verabredungen zu treffen. Im Bundesmaßstab sind wir eine neue vereinte Partei. Gespeist aus unterschiedlicher Herkunft, differierenden Kulturen sozialen Beziehungen und unterschiedlichsten Erwartungen. Der Prozess der programmatischen Selbstfindung muss über einen offenen und streitbaren Diskurs organisiert werden. Hier existieren Spannungsfelder, die notwendigerweise Unterschiede aufzeigen, aber auch Gemeinsames wie die Absage an eine Durchkapitalisierung der Gesellschaft.

Dieses Gemeinsame muss zunächst herausgearbeitet werden, wenn über Unterschiede geredet wird. Ich höre zu häufig, dass der Programmentwurf sakrosankt sei und - wenn überhaupt - nur Marginalien zu ändern seien. Das empfinde ich als großen Fehler, da der Entwurf nicht als Grundlage begriffen wird, um Generaldebatten zu initiieren. Dazu gehören sicherlich auch Streit und Widersprüche. Erst darin erkennt man, dass es einen Vorrat an Gemeinsamkeiten gibt, die jenseits von Strömungen den Wert unserer gemeinsamen Partei ausmachen. In Thüringen halten wir es so, dass po-

litisch-inhaltliche Differenzen nicht innerhalb der Fraktion abschließend geklärt werden, sondern die Fraktion Differenzen transparent dokumentiert, die dann in den Parteigremien ausdiskutiert oder ausgestritten werden. Die derzeitige Bundespartei-Führung ist aus berechtigten Gründen durch ein hohes Maß an Einbeziehung unterschiedlicher Strömungen gekennzeichnet ist, gleichzeitig hochgradig mit der Bundestagsfraktion personell verflochten. Daraus resultierend werden politische Divergenzen in der Bundestagsfraktion im Rahmen der Tagespolitik geklärt und nicht zum Gegenstand einer politischen Auseinandersetzung in der Partei. Leider - denn wir verlieren so den Schwung, mit dem die Bundestagsfraktion über lange Zeit Motor der Parteiverschmelzung war. Die Ausgangslagen waren die Interessenvertretungen in einem Verschmelzungsprozess von WASG und Linkspartei.PDS, aber auch die unterschiedlichen Sichtweisen aus Deutschland Ost und Deutschland West. Auf diese Erweiterungen im Diskurs kommen wir aber nicht, solange wir das austarierte Personaltableau unserer Parteiführung einerseits und die zu geringe politisch-inhaltliche Debatte andererseits akzeptieren und meinen, dass Geschlossenheit dadurch entsteht, nicht mehr über den besseren Weg zu debattieren oder gar zu streiten.

Hier ist es notwendig, deutlich zu formulieren, dass es dauerhaft nicht

hilft, wenn die Bundestagsfraktion der erste, schnellste und intensivste Ort der politisch-inhaltlichen Diskussion in der Partei ist. Die Bundestagsfraktion ist eben Dienstleister für die Partei und nicht Handlungsstellvertreter. Wenn es Streitigkeiten über politisches Vorgehen gibt, wenn Klärungsbedarf besteht, dann ist die Partei gefragt und nie eine Parlamentsfraktion. Das ist der Orientierungsrahmen, auf den wir setzen müssen. Hier ist eine striktere Trennung von Fraktionen und Parteigremien notwendig (...).

Auszüge aus einem Beitrag von Bodo Ramelow, der im Oktober-DISPUT, der Mitgliederzeitschrift der Partei DIE LINKE, erschienen ist. ■



von Stefan Wogawa

Koch macht den Althaus

John le Carré, der berühmte britische Thrillerautor, hat 1963 mit seinem Roman „Der Spion, der aus der Kälte kam“ eine eindrucksvolle Sicht auf den Ost-West-Konflikt als Krieg der Geheimdienste vorgelegt. Sie lieferte mit ihrer hoffnungslosen Grundstimmung den Gegenentwurf zu James Bond mit seiner simplifizierenden Schwarz-Weiß-Sicht.

In seinem neuesten Buch „Verräter wie wir“ beschäftigt John le Carré sich mit der internationalen Finanzkrise, mit der russischen Mafia und ihrem Einfluss im westlichen Bankensystem. Die „Leipziger Volkszeitung“ hat am 28.10. ein Interview mit dem Altmeister des Spionageromans veröffentlicht: „Was können wir da also entgegenhalten, wenn es unser Ideal ist, raffgierig zu sein, die Umwelt zu zerstören und die Nöte der Gesellschaft zu ignorieren“, so äußerte er sich. Gemeint ist der Westen.

Der Satz erscheint wie ein punktgenauer Kommentar zur aktuellen Entwicklung. Roland Koch, der „brutalstmögliche“ Lügner der hässlichen Spendenaffäre der hessischen CDU, wird nach seiner Demission als Ministerpräsident von Hessen (Rücktritt am 31.8.) im nächsten Jahr in den Vorstand des Baukonzerns „Bilfinger Berger“ eintreten und soll ihn alsbald führen, Anfangsgehalt 1,5 Millionen Euro. Der Konzern hatte für 80 Millionen Euro die Nordwest-Landebahn am Frankfurter Flughafen gebaut – während Kochs Amtszeit.

Koch macht also den Althaus. Man erinnere sich: der ehemalige CDU-Ministerpräsident von Thüringen hatte sich nach seiner schmachvollen Wahlniederlage in die Arme des Autokonzerns Magna geflüchtet, mit dem er vorher wegen der Opel-Übernahme verhandelte. Zu dem ganzen passt, dass Koch zum „Ehrenvorsitzenden“ der hessischen CDU bestellt wurde. Ehre wem Ehre gebührt. ■

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa

Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2416

E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de

Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.